

Deutschland.

□ **Berlin, 8. Juni.** Die Reise des Königs nach Hannover, welche, von einigen Blättern als in der Lage der Sache begründet, mit Bestimmtheit gemeldet wurde, wird jetzt von anderer Seite die in Hannover vorhandene Stimmung als Hindernis derselben bezeichnet. Wie wir früher erwähnt haben, ist die Reise des Königs nach Hannover nur im Zusammenhang mit der Eventualität einer Reise desselben nach Ems in Betracht gekommen. Indem wir wiederholt hierbei stehen bleiben, bemerken wir, daß ein Beschluß in der einen oder andern Richtung noch nicht erfolgt ist, daß aber die Stimmung in Hannover nicht als Grund anzusehen ist, wenn die Reise dahin nicht stattfinden sollte. Neuerdings, nach der Rückkehr des Kronprinzen, hat übrigens der König eine Einladung zu einem Besuche auf Schloß Fürstenstein in Schlesien erhalten, der er wahrscheinlich zunächst Folge geben wird. — In dem Besinden des Grafen Bismarck dauert die Besserung in erfreulicher Weise fort; auch die geistlichen Erscheinungen nehmen nach und nach ab. — Während die österreichische Regierung jede Gelegenheit benützt, um darzutun, daß sie die durch den Prager Friedensvertrag geschaffenen Verhältnisse als zu Recht bestehend betrachtet und in der Neugestaltung Deutschlands keine Eingriffe versucht, schlagen einige österreichische Zeitungen und einige österreichische Federen in süddeutschen Blättern einen anderen Weg ein. Sie bezeichnen das Resultat des Krieges von 1866 als gänzlich unheilvoll für Deutschland und sehen Deutschland ohne Oesterreich als vollständig unfähig zur Aktion und selbst zur Verteidigung an. Sie wollen die Sympathien für Oesterreich in Süddeutschland nach erhalten und Bundesgenossen gewinnen, um die Neugestaltung Deutschlands rückgängig zu machen. Diese Bestrebungen werden ohne Erfolg sein. In Süddeutschland macht sich die Meinung immer mehr geltend, daß Oesterreich Deutschland nur für seine Zwecke ausgebeutet hat. Die Katastrophe von 1866 hat dargethan, daß Oesterreich unfähig ist, der Beschützer Süddeutschlands zu sein; weit entfernt davon, damals Süddeutschland Hilfe zu gewähren, hat es vielmehr die Unterstützung desselben erwartet und bedurft. Diese Pläne der österreichischen Publizisten, den österreichischen Einfluß in Deutschland dadurch wiederherzustellen, daß sie Süddeutschland die Hilfe Oesterreichs in Aussicht stellen, gewähren also durchaus keine Hoffnung auf Erfolg. Sie gewähren dieselbe um so weniger, als auch in den süddeutschen Blättern (in dem „Augsburger Anzeigerblatt“ der „Augsb. Abendzeitung“, der „Kemptener Ztg.“, der „Passauer Ztg.“ u. f. w.) zahlreiche Stimmen davon Zeugnis geben, daß man dort die Wiederherstellung des alten Verhältnisses zwischen Süddeutschland und Oesterreich nicht denkt, sondern daß man im Zollparlament nur den Anfang eines engeren Anschlusses an den norddeutschen Bund sieht. — Bei dem mit Belgien abgeschlossenen Postvertrage wird gleichfalls großes Gewicht darauf gelegt, daß die Briefe frankirt aufgegeben werden. Es wird auch in diesem Vertrage festgesetzt, daß unfrankirte Briefe das doppelte Porto zahlen. Das Porto beträgt bei Abendung des Briefes aus dem nordd. Bunde 2 Sgr., dagegen bei der Abendung aus Belgien 20 Centimes, ist mithin in letzterem Falle 5 Centimes billiger. Es erwächst jedoch hieraus der belgischen Postverwaltung kein Vortheil auf Kosten des norddeutschen Bundes. Es ist allerdings eine Theilung vereinbart, aber dabei beträgt der Anteil des norddeutschen Bundes an dem Porto der diesseits abgegangenen Briefe 15 Centimes, der Belgien 10 Centimes, wogegen das Porto der aus Belgien abgehenden Briefe halbsoviel zu je 10 Centimes getheilt wird. Um aber für den Briefwechsel auf kurzen Strecken in den beiderseitigen Grenzen Erleichterungen herbeizuführen, ist die Bestimmung getroffen, daß Briefe zwischen den beiderseitigen Postanstalten, welche innerhalb eines Rayons von 30 Kilometer gelegen sind, nur die Hälfte der festgesetzten Taxe zu zahlen haben. Das Maximalgewicht von Briefpoststücken darf nicht 15 Loth oder 250 Gramme übersteigen. Es gehören hierher außer den Briefen noch die Zeitungen und andere Drucksachen, die Waarenproben, die zum Abtragen durch einen Expresboten bestimmten Sendungen, die rekommandirten Gegenstände, die Rückfracht über rekommandirte Briefe, die Briefe mit deklarirtem Werth und die Postanweisungen. Der Vertrag soll am 1. September d. Js. in Kraft treten und von Jahr zu Jahr verbindlich bleiben, wenn nicht einer der vertragenden Theile 6 Monate vorher die Fortdauer desselben kündigt. Die Ratifikation des Vertrages wird sobald als möglich in Berlin bewirkt werden. Der Vertrag giebt auch den Postanstalten des Gebiets des Großherzogthums Hessen, das nicht zum norddeutschen Bunde gehört, dieselben Rechte, wie den Postanstalten des zum Bunde gehörigen Theils von Hessen.

Berlin, 8. Juni. Sr. Majestät der König arbeitete am Sonntag Morgens im Schlosse Babelsberg, kam darauf um 11½ Uhr in Begleitung des Prinzen und der Frau Prinzessin Karl per Extrazug von Potsdam nach Berlin und fuhr vom Bahnhofe aus sofort nach Charlottenburg, woselbst der Kronprinz, vom Schlosse Fürstenstein in Schlesien zurückgekehrt, die Prinzen Albrecht, Vater und Sohn, der Herzog Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin u. a. am Sterbetege des Königs Friedrich Wilhelm III. im dortigen Mausoleum zu einer stillen Andacht versammelt waren. Hierauf wurde im Stadtschlosse zu Charlottenburg das Dejeuner eingenommen, und der König schied um 2 Uhr mit den übrigen Herrschaften von Charlottenburg nach Potsdam zurück. Das Familienleben fand auf Schloß Babelsberg im engeren Kreise statt und Abends war Theegesellschaft im Neuen Palais. Gestern Vormittags nahm der König auf Babelsberg Meldungen und die Vorträge des Geheimen Ratsministers v. Müllers, des Geh. Hofraths v. Bredt entgegen, ertheilte Audienz nach dem Diner von Potsdam nach Berlin. Heute Morgens wird der König auf dem Tempelhofer Felde das

Garde-Rüskasser- und das erste Garde-Dräger-Regiment be-
sichtigen.

— Der Adjutant des Prinzen Friedrich Karl, Oberstleutnant v. Erdert, welcher in der Schlacht bei Königgrätz schwer verwundet wurde, feierte am Sonnabend seine Vermählung mit der einzigen Tochter des kaiserlichen Geheimraths v. Raabe. An dem solennen Festmahle im Hotel Royal nahm der Prinz Friedrich Karl gleichfalls Theil.

— Die schwedische Ministerkriste hat den erwarteten Ausgang gehabt. Von den zuletzt für das Ministerium des Auswärtigen genannten Personen hat der jüngere Kandidat Graf Wachtmeister das Portefeuille des Auswärtigen übernommen. Derselbe ist als ein maßvoller Mann bekannt. Der früher einmal in vorübergehender Weise, aber in der letzten Zeit nicht mehr genannte Graf Hamilton hatte als Gesandter in Kopenhagen seine Demission gegeben, wie es hieß, weil er während des deutsch-dänischen Krieges Schweden auf Dänemarks Seite zu sehen wünschte. Es darf jetzt als sicher angesehen werden, daß Schwedens Politik nach Außen dieselbe bleiben wird. Der hiesige schwedische Gesandte ist vorgestern früh mit Urlaub nach Stockholm gereist.

— Der „D. A. Z.“ schreibt man von hier: Georg v. Vinde liegt seit dem Schlusse des Zollparlaments an der stiegenden Gicht darnieder. Sobald sein Zustand es einigermaßen gestattet, wird er nach seiner Heimath gebracht werden. Sein Mandat zum preussischen Abgeordnetenhaus gedenkt er niederzulegen, dasjenige zum Reichstag aber zu behalten, wenn seine Gesundheitsverhältnisse es gestatten.

— Der „R. Ztg.“ schreibt man: Die Schwierigkeit, eine beschlußfähige Anzahl von Mitgliedern des Reichstages zusammenzubringen, wird wahrscheinlich dazu beitragen, das Ende der Session noch früher herbeizuführen, als es in Aussicht genommen war. Man glaubt schon jetzt, daß außer dem Budget nur noch wenig andere Angelegenheiten zur Erledigung kommen werden. Zu den Gesetzentwürfen aber, die noch im Laufe der Session auf Erledigung zu rechnen haben, darf man wohl den auf die Spielbanken bezüglichen zählen, welchen der Bundesraths-Ausschuß für das Frühjahr in Folge des vom Reichstage gestellten Antrages abgefaßt und dem Bundesrath zur Genehmigung vorgeschlagen hat. Danach sollen innerhalb des Gebietes des norddeutschen Bundes hinfert öffentliche Spielbanken weder konfessionell, noch gebildet und die gegenwärtig konfessionirten Spielbanken, so weit ihre Schließung in Gemäßheit der Landesgesetze nicht früher eintritt, mit Ablauf der Zeit, für welche die Konzession erteilt ist, spätestens aber am 31. Dezember 1872 geschlossen werden. Das Spiel an Sonn- und Feiertagen soll jedoch mit dem Tage verboten sein, an welchem dieses Gesetz in Geltung tritt. Aus den bestehenden Konzessionen und Spielpacht-Verträgen, welche in Gemäßheit dieses Gesetzes beschränkt oder aufgehoben werden, sollen weder Entschädigungs-Ansprüche an den Bund, noch überhaupt Entschädigungs-Ansprüche wegen entgangenen Gewinns stattfinden. Diese letztere Bestimmung empfiehlt der Ausschuss als dringend rathsam, um zweifelhaften Rechtsfragen und wahrscheinlichen Prozessen nach Möglichkeit vorzubeugen. In dem Berichte des Ausschusses findet sich auch eine Uebersicht über die in Staaten des norddeutschen Bundes noch bestehenden Spielbanken. Es sind deren vier, zu Travemünde, Pyrmont, Wildungen und Naumburg. In Travemünde läuft die Spielbank-Konzession mit der Badesaison 1872 ab; in Pyrmont geht der Spielpacht-Vertrag am 30. April 1873 zu Ende; in Naumburg am Schlusse des Jahres 1877; in Wildungen erst im Jahre 1885. Der Ausschuss glaubt übrigens, nach dem ihm vorliegenden Material, konstatieren zu können, daß die baldmöglichste Aufhebung der Spielbanken jetzt auf die Zustimmung sämtlicher Bundesregierungen zu rechnen habe.

— Der Abg. Friedenthal und Genossen (aus verschiedenen Fraktionen) haben den Antrag gestellt, ein Gesetz, betreffend die subdiarische Haftung des Brenner-Unternehmens für Zuwiderhandlungen gegen die Branntweinsteuergesetze durch Verwalter, Gewerbegehilfen und Hausgenossen, anzunehmen.

— Von dem Abgeordneten Graf Münster ist folgender Antrag beim Reichstage eingebracht: „Ein Mitglied, welches ohne um Urlaub nachsucht zu haben, in zehn auf einander folgenden Plenar-Sitzungen nicht erscheint, wird vom Präsidenten aufgefordert, innerhalb eines von letzterem festzustellenden Termins seinen Sitz im Hause einzunehmen. Erfolgt darauf kein Bescheid, so wird angenommen, daß das betreffende Mitglied sein Mandat niedergelegt hat, und eine Neuwahl anzuberaumen ist.“ Der Antrag wird durch Schlußberatung erledigt werden.

— Der Vorsteher des „Telegraphischen Bureaus für Norddeutschland“, Hofrath Albert, hat seine unentgeltliche Erklärung zu geben lassen: „Meine geehrten Abonnenten erlaube ich mir darauf aufmerksam zu machen, daß mein Bureau das einzige ist, welche amerikanische Nachrichten und Newyorker Course per atlantisches Kabel direkt bezieht und zwar durch Vermittelung von Reuters telegraphischem Bureau in London. Die von anderen Bureau gebrachten amerikanischen Nachrichten sind fast durchgängig den englischen Zeitungen entlehnt, in welche sie durch Reuters Office veröffentlicht werden. Mit jenen entlehnten Nachrichten werden sogar öfters, um den Ursprung nicht zu sehr ins Auge treten zu lassen, willkürliche Veränderungen vorgenommen. Als Beweis für die obige Angabe erlaube ich mir anzuführen, daß am verflossenen Sonnabend, den 6. d., bei den New-Yorker Coursen des vorhergehenden Tages in den englischen Zeitungen durch das Versetzen eines Schreibers Gold mit 139½ notirt worden ist, während es, wie mein Bureau sofort gemeldet, 139½ (39½ Agio) betrug. Da von anderen Bureau der unrichtige, in den englischen Zeitungen angegebene Cours gemeldet worden ist, so glaube ich

meine geehrten Abonnenten und das Publikum im Allgemeinen darauf aufmerksam machen zu müssen, daß mein Bureau die amerikanischen Course direkt bezieht, für deren Richtigkeit ich einstehen kann. M. Albert.“ (Die Sache erinnert an die Mausefalle, welche vor ein paar Jahren den „Königlichen Blättern“ von der „Kön. Ztg.“ mit Erfolg gestellt worden ist. Damals handelte es sich um Wolffsche Depeschen, welche die R. Bl. der R. Z. zu entnehmen pflegten; zur Uebersetzung wurde den R. Bl. ein Exemplar der „R. Z.“ mit einer entstellten Depesche in die Hände gespielt.)

— Die Kommission zur Vorberathung der Gewerbeordnung setzte am Sonnabend Abend ihre Beratungen fort. Unter anderen wurde im §. 37 die Beibehaltung der polizeilichen Erlaubnis für den Betrieb von Gast- und Schankwirtschaften und den Kleinhandel mit Branntwein und Spiritus beschlossen; als Grund, diese Erlaubnis zu versagen, aber nur der Umstand als gültig angenommen, daß Thatsachen vorliegen, welche annehmen lassen, daß der Nachsuchende die Schankstätte zur Begünstigung der Böllerei, der Spielsucht und der Unstillsucht benutzen würde. Die Kommission setzte gestern Abend ihre Beratungen fort.

— Die „Allgemeine deutsche Lehrer-Versammlung“, welche in diesen Tagen in Kassel beruht, hat sich für Berlin als nächsten Versammlungsort entschieden. Aus der Sitzung dieser Versammlung am 5. Juni berichtet man dem „Fr. Journ.“: Nachdem die Sitzung des Lehrertages durch den Vortrag „Herr, erleuchte mich“ eröffnet worden, setzte der Präsident die Versammlung davon in Kenntniß, daß auf die von Seiten der Versammlung an Se. Maj. den König telegraphisch übermittelte Dankagung eine telegraphische Antwort eingegangen sei des Inhalts: „Ich spreche der Versammlung meinen besten Dank aus für deren patriotische Betheiligung bei deren Zusammenkunft. g. z. Wilhelm.“ Der Lehrertag hörte die Verlesung der königlichen Antwort stehend an.

— (Norddeutscher Reichstag.) (Schluß.) Abg. Twesten: Die gegenwärtige Art des Etatsjahres und die Zeit des Zusammentritts des Reichstages harmonire nicht. Der Herr Bundeskanzler habe im preussischen Abgeordnetenhaus eingetragene Beratungen über die Frage angestellt, ob nicht das Etatsjahr vom 1. Juli bis 1. Juli angenommen werden könne. Die jetzige Art der Geschäftsführung sei eine solche, unter welcher sowohl die Mitglieder wie die Geschäfte selbst leiden müßten. Die zweckmäßigste Zeit des Zusammentritts würden die Wintermonate sein. — Der Redner wendet sich hiernach zu dem Marine-Etat. Eine demselben angehängte Bemerkung spreche die Erwartung aus, daß man gegen das Vorjahr eine Ersparnis von 3-400,000 Mk. werde machen können. Diese Ersparnis soll, so viel als beizubringen ist, in den Einnahmen für das Marine-Personal, die Werftarbeiten und die Indienststellung der Schiffe gemacht werden, das sei sehr zu bebauren. Wenn der Reichstag die Anleihe für die Marine ohne Verantwortlichkeit der Beamten ablehnen müßte, so schließe das nicht aus, daß die Ausgabe durch Vorlage der Regierung direkt in den Etat gebracht werde. Er hoffe, daß dies in Betreff der Summe von 3-400,000 Mk. noch jezt geschehe. (Beifall.) — Prä. Delbrück: Die Unterhandlungen über die Veränderung des Etatsjahres schweben noch. Der Bundesrath hätte sehr gewünscht, den Etat früher vorlegen zu können. Die Verhältnisse des Jahres 1869 seien jedoch sehr verschieden gegen die des Jahres 1868 und es sei daher unbedingt notwendig gewesen, den Anhalt über Schätzung der Einnahmen wenigstens in einigen Monaten zu gewinnen. Im nächsten Jahre solle der Etat möglichst zeitig vorgelegt werden. In Betreff der Rechnungs-Kontrolle und der Geländeschafsposten schwebten noch Beratungen. Die Regierung habe gleichfalls lebhaft bedauert, daß durch die Ablehnung der Anleihe ihr die Mittel genommen worden, die Entwicklung der Marine eintreten zu lassen. Das Auskunftsamt, die nöthigen Kosten durch Erhöhung der Matrikularbeiträge zu beschaffen, sei nicht anwendbar. Durch den Ausfall der Postüberträge u. dergl. werden die Matrikularbeiträge sich ohnehin für dies Jahr schon erheblich höher stellen. — Abg. v. Kirchmann: Es sei nicht nöthig, daß der Bund Schulden mache. Jedenfalls wünsche er bei Anleihen, daß das Haus streng bei dem Prinzip der Verantwortlichkeit bleibe. Aber auch er bedauere sehr, wenn die Entwicklung der Marine durch den Abfall der Summe leiden solle. Das dürfe nicht geschehen. Die Erhöhung der Matrikularbeiträge könne höchstens die einzelnen Staaten beliebig durch Anleihe ausgebracht werden. Er wolle, daß die nöthigen Summen noch als Nachtrag zum Etat von der Regierung eingebracht würden. — Abg. Miquel: Er sei ganz gegen die Ansicht des Vorredners, daß die notwendigen Kosten der Entwicklung der Marine- und Landesverteidigung nicht durch Anleihen aufgebracht und so die spätere Generation herangezogen werden dürfe. Bei der Ablehnung der Anleihe habe man ausdrücklich ausgesprochen, daß damit kein Druck auf die Regierung in Betreff der Marine geübt werden sollte. Man habe ausdrücklich erklärt, daß man die Kosten dafür in anderer Form bewilligen wolle, und er hoffe, es werde sich noch eine solche Form finden. Er bitte um Erklärung des Vertreters des Marine-Ministeriums, worin die Reduktionen bestehen sollten! Ferner wolle er die Erklärung, wie es mit dem Eigentumsrecht an dem Material der norddeutschen Bundes, z. B. den Postgebäuden, dem Material der Festungen u. dergl. stehe. Der Redner bedauert, daß der Etat keine Ausgaben für die gesandtschaftliche Vertretung des Bundes, für Bundes-Minister enthalte. Man dürfe nicht zu ängstlich mit den Matrikularbeiträgen sein und die Entwicklung der Marine und anderer Bundesanstalten leiden lassen. Wenn ein kleiner Staat die notwendigen Last nicht tragen könne, dann ist er überhaupt nicht lebensfähig und möge, wie alles Irdische, untergehen. (Beifall.) — Der Bundesverwaltung fehle es noch an Arbeitskräften. Er bedauere, daß im Etat nicht für deren Vermehrung Sorge getragen worden. (Beifall.)

Bundes-Kommissar Kontre-Admiral Jachmann: Der Organisationsplan der Marine, wie er in der Denkschrift dem Reichstag im vorigen Jahre vorgelegt worden, sei auf die Annahme gebaut gewesen, daß dem Ministerium dazu jährlich 8 Millionen zu Gebote stehen würden. Nachdem der Reichstag die Anleihe abgelehnt, mußte man eine den vorliegenden Mitteln entsprechende andere Organisation der Entwicklung entwerfen. Für das laufende Jahr waren die Ausgaben zum großen Theil schon durch Kontrakte gemacht, es mußten also für 1869 die Ersparungen in Aussicht genommen werden. Zu diesem Ende sind 1200 Mann der Flottenmannschaft entlassen worden, es mußten ferner die für die ostasiatische Expedition bestimmten und die auf Expeditionen im Mittelmeere und Mexiko bestimmten Schiffe zurückgerufen werden und es wird im Jahre 1869 von jeder Indienststellung von Schiffen für handelspolitische und politische Interessen Abstand genommen werden müssen. Man wird sich daher auf die Ausbildung der Marine in den inländischen Meeren beschränken müssen. — Abg. v. Blankenburg: Die Partei der Herren Twesten und Miquel befindet sich jezt in der Klemme. Von ihrer Seite sei gerade der Vorschlag der Ausbildung der Marine durch eine Anleihe ausgegangen. Durch den Beschluß des 22. April seien sie nun in eine sehr unangenehme Lage gekommen. Sie hätten kein Recht, sich über die Konsequenzen zu beschweren — was die Regierung gethan, sei vielmehr ganz konstitutionell und zu

loben. Sie hätte keine Verträge gemacht, die abgelehnten Ausgaben in anderer Weise zu machen. In den Kommissions-Verhandlungen sei ganz offen ausgesprochen worden, daß die Nothwendigkeit der Entwicklung der Marine dazu benutzt werden müsse, um weitere Rechte für das Haus zu erwerben. Sie beobachten nicht, daß sie ihr Lieblingskind, die Marine selbst, damit schädigen würden! Dem Wege dieser Seite: dem Bunde Einnahmen zu ziehen und die Ausgaben dann durch Erhöhung der Matrikularbeiträge zu bestreiten, werden wir nicht folgen. Für ein Bundes-Ministerium einzutreten, werden wir so lange vertragen, als bis es uns von jenem Tisch (nach dem Bundesrath deutend) entgegen getragen wird, und nie zu dem Grundsatze übergehen, die Bundesgetreuen kleinen Freunde zu vergewaltigen.

Abg. Lasker weist mit großer Lebhaftigkeit die seiner Partei gemachten Vorwürfe zurück. Umgekehrt hätten die Regierung und jene Seite des Hauses die Marinefrage benutzt, um durch Bedrohung, daß die Marine untergehen müsse, die national-liberale Partei zur Abstinenznahme von der Beamten-Verantwortlichkeit zu bewegen.

Präsident Delbrück: Es ist nicht Schuld der Regierung, daß die Entwicklung der Marine gehemmt ist; es ist falsch, wenn man sagt, sie hätten kein Herz für die Marine. Alles ist sorgfältig überlegt worden und man ist zu Ueberzeugung gekommen, daß es keinen anderen Weg als den der Anleihe gebe und der Weg des hohen Extraordinariums nicht zu beschreiten sei. Die Fortifikationsbauten an der Jade und in Kiel waren durchaus nothwendig und mußten vollendet werden. Was die Portofreiheit angeht, so liegt der Schwerpunkt derselben in der Dienstkorrespondenz, und wenn auch der Bund diese Korrespondenz der einzelnen Staaten nicht portofrei zu bestreiten braucht, so hätte dies doch keinen andern Erfolg, als die Erhöhung der Matrikularbeiträge. — In Betreff der Eigentumsverhältnisse, so ist das bewegliche Inventarium bei der Post- und Telegraphen-Verwaltung Bundesvermögen geworden; ob die Immobilien aus Bundes-eigentum sind, darüber schweben noch die Unterhandlungen. In der Militärverwaltung ist das bewegliche Eigentum als dem Bunde angehörig anzusehen, die Immobilien sind Eigentum der einzelnen Staaten. Die Einnahmen bei der Post sind übrigens noch im Abnehmen begriffen und Arbeitskräfte haben wir genug, was die Etatsaufstellung betrifft; die Verhältnisse sind dabei noch günstiger als bei der Aufstellung des preussischen Etats. — Abg. Grumbrecht: Ausgaben, die bewilligt sind, nicht zu machen, das ist nicht konstitutionell. Darum mußten die 300,000 Thaler für Ausbildung des Personals dafür auch ausgegeben werden, anstatt sie wegen unterlassener Anleihe sparen zu wollen und damit der Marine einen unheilbaren Schaden zuzufügen. Herr v. Bismarck hat Unrecht, die Sache zu verbittern, anstatt sie in Frieden zu regeln. — Einheitsstaat, Bundesstaat — Alles Schererei! Einen Staat muß man schaffen, das ist die Hauptsache, und diesen Staat haben wir noch nicht, denn wir haben keinen Finanzminister.

Abg. Schulze: Eigentümlich! Eine Landesvertretung trägt der Regierung die Befugnis, eine Anleihe zu machen, entgegen, und die Regierung wollen dann keine Kontrolle. Sie sagen, Sie können keine Anleihe machen? Wohl können Sie eine Anleihe kontrahieren, aber Sie wollen keine Kontrolle, und lieber die Entwicklung der Marine ein Jahr aufhalten, als daß wir von den geforderten Garantien ablassen! — Abg. Fries: Der Abg. v. Bismarck hat es heute dahin gebracht, daß wir nie wieder mit seiner Partei kompromittieren können. Wir haben übrigens noch nicht gehört, warum denn das Geld durch Matrikularbeiträge nicht beigebracht werden kann. Mit gutem Willen können die kleinen Staaten ihren Pflichten genügen. Wir sind bereit, die Mittel auf den Etat zu übernehmen und überlassen es dem Bundesrath, ob er es vor dem Vaterland verantworten will, wenn er unser Anerbieten nicht annimmt.

Abg. Wagener (Neustettin) hält das Schuldenmachen für ein angeborenes Menschenrecht; der Bund hatte also Schulden gemacht, ohne das Entgegenkommen des Abg. Schulze. Die Stärkung der Marine ist ungleich wichtiger als die Steigerung der Armee, aber wir wollen diese Stärkung nicht um einen zu theuren Preis. Der norddeutsche Bund ist kein Kind von konstitutionellen Eltern: wollen Sie ihn konstitutionell machen, so verkrüppeln Sie ihn. Wir fordern die Initiative der Regierung, weil die Organisation nur in einem Kopfe entspringen, nicht von einer Versammlung geschaffen werden kann. Möge man ein Beispiel an Roms Festhalten an den Bündnissen mit den kleineren Staaten Italiens nehmen. — Frhr. v. Vinke (Oldenburg) bekennt die von der Debatte genommene Richtung; die Schuld liegt jetzt auf beiden Seiten und da müsse man sich endlich verständigen, damit einmüthig das patriotische Werk der Marine weitergebaut werden könne, denn ohne Marine könne ein Großstaat nicht bestehen. Möge die Regierung die Initiative ergreifen! — Derjenige Ansicht auch der Abg. Camphausen (Neuß), der da bittet, man möge den Flottenbau aufheben; aber man solle sich beiderseits durch zu rasche Reuegerungen nicht zu rasch binden. Das gelte vom Hause, wie von den Regierungen, feststehe, daß wirklich nur auf dem Wege der Anleihe vorgegangen werden könne. Redner geht auf das Bundesanleihegesetz, auf die Darlehensanleihe ein und konstatirt, daß jenes Gesetz die Garantie, welche §. 17 beabsichtigt, nicht gewährt haben würde. — Abg. Graf Schwerin: Ich bitte Sie, die Gegenseite hier nicht zu schärfen, sondern auf die Stärkung der Marine bedacht zu sein. Ich werde stets für §. 17 stimmen. Indemnität hat nur eine Bedeutung, wenn die Nichtertheilung eine strafrechtliche Verfolgung nach sich zieht, sonst ist sie ein lauges Wort. Wollte man den absolutistischen Staat, so dürfte man keine Wahlen, keine Verfassung geben. Wir wollen den nationalen Staat, der sich von den Bahnen des Abg. Wagener entfernt. — Abg. Löwe: Es handelt sich hier darum, die öffentliche Meinung zu gewinnen; wir sehen, daß der Absolutismus wohl gerissen, aber nie etwas geschaffen kann. Braucht die Regierung das Geld, so wird sie es Abg. Löwe schon fordern; bis jetzt ist aber die Bedürfnisfrage noch nicht ausgesprochen, wozu das Geld entgegengenommen? Das ist bei unseren unfertigen Zuständen nicht ratsam, zumal wir keinen vernünftigen Finanzminister haben. Das Schuldenmachen mag ein natürliches Recht sein, aber es hat seine Grenzen darin, daß man Jemanden finden muß, der da kommt. Man darf nicht die Menschen anklagen, wenn Schwierigkeiten bestehen, sondern die Zustände, das fehlende Staatseinkommen, und so kommt es, daß wir uns um untergeordnete Dinge streiten müssen. Die Generaldebatte ist geschlossen. — Es folgen persönliche Bemerkungen der Abg. Miquel, v. Bismarck, Wagener (Neustettin), Schulze, Löwe, Graf Schwerin, worauf ein Antrag des Dr. Reinde, die Beschlußfähigkeit des Hauses betreffend, der Geschäftsordnungs-Kommission überwiesen wird.

Nächste Sitzung morgen 10 Uhr. L.-D.: Fortsetzung der Debatte; Spezialdebatte über den Etat: Ausgaben und A. 1. der Einnahmen: Zölle. Vorher: Wahlprüfung, Telegraphenvertrag mit Luxemburg.

München, 8. Juni. Die neueste Nummer der „Süddeutschen Presse“ erklärt offiziell die Nachricht der Pariser „Presse“, daß preussische Truppen zur Besatzung Landaus bestimmt seien, für eine tendenziöse Fälschung.

Ausland.

Wien, 8. Juni. Das Abgeordnetenhaus hat heute nach längerer Debatte eine Resolution angenommen, durch welche die Regierung aufgefordert wird, zur Deckung des Defizits im Budget für 1868 im Besteuerungsweg die geeigneten Vorlagen ungeschämt zu machen und zur Deckung des Defizits in den folgenden Jahren Gesetzentwürfen, betreffend die Reform der direkten Steuern, die Erhöhung der Zuckersteuer und die Einführung der Klassensteuer einzubringen. Der Finanzminister verspricht die ungeschämte Einbringung der betreffenden Gesetzentwürfe. — Bei der Debatte über den Gesetzentwurf in Betreff des Verkaufs der Staatsgüter sprach polnische Abgeordnete gegen den Verkauf der polnischen Staatsgüter. Morgen findet die Fortsetzung der Debatte statt. — Prinz Napoleon machte gestern in Begleitung des Kaisers eine Rundfahrt durch den Park von Schönbrunn und besuchte Abends das Etablissement von Schwendler in Hietzing.

Gravenhaag, 8. Juni. Der „Staatscourant“ meldet die Ernennung Kocks van Limburg zum interimistischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

Paris, 6. Juni. Der Hof wird erst übermorgen nach Fontainebleau übersiedeln. Morgen wohnt er den Pferdereuen im Bois de Boulogne bei. Es handelt sich dort um den großen Preis von 100,000 Franken. Zwei berühmte englische Pferde sind gestern elagetroffen: „The Earl of Marquis“ v. Hasting und „Wales-royal“ des Lord Stamford. Frankreich wird durch Sugart, Nelson und Cassini repräsentirt. Man spricht von bedeutenden Wetten für die einen und die andern. Auf dem Boulevard des Italiens ist überdem eine Agentur etabliert für Wetten von 5 bis 10 Franken, ob „Frankreich oder England“ den Sieg davon tragen werde.

Florenz, 8. Juni. Das Kronprinzliche Paar wird sich wahrscheinlich schon in der nächsten Zeit nach Ems und Koblenz begeben. — Die Unterhandlungen mit Frankreich wegen des Abzuges der französischen Truppen aus dem Kirchenstaat haben erwünschten Fortgang; gutem Vernehmen nach wird man einfach auf die Bestimmungen der September-Konvention zurückgreifen.

— Die Deputiertenkammer nahm nach längerer Debatte Art. 1 des Gesetzes, betreffend die Einkommensteuer, an, durch welchen für die Jahre 1869 und 1870 die Grundsteuer um ein Zehntel erhöht wird. Art. 2 des Vermögenssteuer-Gesetzes, welches die Steuer auf bewegliches Vermögen um ein Zehntel erhöht, wurde gleichfalls angenommen. Das Haus trat sodann in die Beratung des von dem Finanzminister gestellten Antrages, die auf den Namen ausländischer Zahaber lautenden Rententitel von der Besteuerung auszunehmen.

Rom, 8. Juni. Ein allgemeines Konzil wird zum 8. September 1869 berufen werden. Die Einberufungs-Bulle wird die griechischen und anglikanischen Bischöfe ermahnen, das Schisma aufzugeben und wieder der römisch-katholischen Kirche beizutreten.

London, 6. Juni. Wie die „Imperial Review“ sagt, haben die anglikanischen Erzbischöfe von Irland, Angesichts der Krise des irischen Staatlichen-Instituts, es für ihre Pflicht gehalten, die Synoden der Provinzen von Armagh und Dublin einzuberufen, ohne vorher die sonst nöthige spezielle Erlaubnis der Krone eingeholt zu haben. — Gestern Abend fand das jährliche Bankett zu Gunsten des Journalistenfonds statt; der Herzog von Cambridge führte den Vorsitz.

— Frau Lucca begibt sich von hier zur Stärkung ihrer Gesundheit nach Interlaken. — In Preston haben am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag große Auferstehungs-Festlichkeiten stattgefunden. Am Morgen des Donnerstags versammelten sich die englischen Protestanten, mit ihren blauen und bronzefarbenen Bändern geschmückt, und zogen in geschlossenen Massen auf die Irlands-Isle, die ihrer, gleichfalls geschmückt, am andern Ende der Stadt warteten. Der Kampf wurde mit Steinwürfen eröffnet (die irischen Weiber brachten den Streitenden stets frische Munition herbei; an vielen Plätzen fand man später das Pflaster aufgerissen), und endigte mit einem Handgemenge, bei welchem Knüttel und Eisenstangen eine große Rolle spielten, auch mehrere Schüsse fielen. Das Einschreiten der Polizei war fruchtlos und erst einem katholischen Geistlichen gelang es, die Irlands auf friedlichem Wege zum Rückzuge zu veranlassen. Am Freitag Abend fanden neue Zusammenrottungen statt.

— Aus Mexiko sind Nachrichten bis zum 17. Mai eingetroffen. Die Unruhen im Innern sind noch immer nicht beigelegt. Die Insurgenten okkupiren das Gebirge in der Umgebung von Puebla und haben General Marquez zum Regenten proklamirt. Die Staaten San Luis Potosi, Tabasco, Queretaro und Mexico hängen von der Waage der Rebellen ab.

London, 8. Juni. Unterhaus. Auf eine Interpellation Childers erwiderte der Schatzkanzler, die Regierung sei genöthigt, von dem Hause die Vollziehung sämtlicher finanzieller Erfordernisse für das ganze Verwaltungsjahr zu fordern. Das neue Parlament werde hoffentlich vor Weihnachten einberufen werden können. — Das Haus genehmigte die noch übrigen Klauseln der schottischen Reformbill.

Pommern.

Stettin, 9. Juni. Der bewährte Dirigent der Stettiner Liedertafel, Herr J. Beschnitt, wird unter Mitwirkung der Liedertafel und der Delin'schen Kapelle im Laufe der künftigen Woche im Garten des Schützenhauses ein großes Vocal- und Instrumental-Konzert veranstalten.

— Wie wir hören, wird die bei dem hiesigen Publikum sehr beliebte Courette-Fräulein Emilie Wauger binnen Kurzem zu einem längeren Gastspiele an unserer Sommerbühne hier eintreffen. — Das am 6. d. M. ausgegebene amtliche Verzeichniß der Universität Greifswald ergiebt eine in erfreulicher Weise steigende Frequenz. Die Gesamtzahl der Zuhörer beträgt nämlich 442. Davon gehören der theologischen Fakultät 31, der juristischen 18, der medizinischen 260, der philosophischen Fakultät 109 an. Außer diesen 418 immatriculirten Studierenden sind noch 24, darunter 17 Pharmazeuten zum Hören der Vorlesungen berechtigt. — In diesem Semester hat sich der bisherige Assistent von Virchow, Dr. Roth aus Basel als Privatdozent für normale und pathologische Anatomie an jener Hochschule habilitirt. — Der Neubau und die Vergrößerung der medizinischen Institute, weil sie durch die die große Zunahme der Zuhörer dringendes Bedürfnis sind, haben bereits begonnen.

— In der Nacht zum 24. v. M. sind in der Mühlen-Vorstadt zu Greimmen 22 Schuppen in Feuer aufgegangen. Die dortige Polizei-Verwaltung sagt nun in einem Erlasse vom 4. d.: Die Vermuthung böswilliger Brandstiftung liegt nahe, und werden alle Diejenigen, welche über die Entstehung des Feuers Mittheilungen zu machen vermögen, aufgefordert, unverzüglich hierher Nachricht zu geben, namentlich aber werden Reisende, welche jene Vorstadt zwischen 12 und 1 Uhr in der gedachten Nacht passirt haben, um Mittheilungen ersucht, so bald sie irgend wie Verdacht erregende Beobachtungen gemacht haben. Gleichzeitig wird bemerkt, daß eine Belohnung von 100 Thlr. für Denjenigen ausgesetzt ist, der verlässliche Beweismittel anzugeben vermag, daß auf Grund derselben der Brandstifter ermittelt wird.

— Dem in der Charlottenstraße No. 3 wohnhaften Restaurateur Hage wurde in verfloßener Nacht durch den Arbeiter Carl Brauer, welchem H. den geforderten Einlaß verweigerte, die Thür und Fensterschäden zertrümmert, weshalb die Verhaftung des Brauer erfolgte.

Anklam, 8. Juni. Der Bau einer Kriegsschule, über

dessen Ausführung offiziell hier noch nichts bekannt ist, macht die Gemüther warm. Der Eine erblickt für die Stadt die größten Vortheile, während ein Anderer wieder die Opfer zählt, die dem Stadtsäckel und somit jedem Bewohner durch Erhöhung der Kommunalsteuer aus dem großen Bau erwachsen werden, und so haben sich bereits einander bekämpfende Parteien gebildet. Im großen Ganzen liegt ein Nutzen für die Stadt wohl näher. Es gewinnt der Hausbesitzer, der Gastwirth, der Bäcker, der Kaufmann und auch der Handwerker. Dem Miether werden allerdings die Wohnungen vertheuert, spezielle Rücksichten müssen aber bei Kommunalzwecken dem allgemeinen Besten weichen. Der blühende Ort ist wieder ein großkaufmännischer (etwa Getreidehandel ausgenommen), noch ein Industrieller, der kleine Handwerker ringt mehr oder weniger mit dem Leben, und so steht man nirgend viel Uebelblickes, ja man kann sagen, der Ort befindet sich in retrograder Bewegung. Daß unter diesen Verhältnissen Gelegenheiten wie der projektierte Bau einer Kriegsschule nicht so ohne Weiteres von der Hand zu weisen, vielmehr als Mittel zur Hebung des Ortes zu benutzen sind, dürfte jedem, dem das allgemeine Wohl der Stadt am Herzen liegt, wohl einleuchten.

Vermischtes.

— Die Vorbereitungen zu dem diesjährigen Handel-Musikfest in der Londoner Crystal-Palast, welches am 15., 17. und 19. d. M. stattfinden soll, sind, wie die „Anglo-Amer. Rev.“ berichtet, nahezu vollendet, und bereits ist das Programm veröffentlicht worden. Das Orchester, unter Costa's Leitung, dürfte vielleicht eines der großartigsten der Neuzeit sein, denn es zählt allein 420 Streichinstrumente und der Sängerkorps wird aus 3500 Personen bestehen, wovon etwa 2200 Amateursänger der Sacred Harmonic Society in Exeter-Hall angehören, und 1300 Choralisten aus verschiedenen Provinzialstädten des Königreiches sind. Unter den Solosängern und Sängertinnen befinden sich die Damen Treiloff, Nilsbom, Kellog, Rüders off, Carola und Lemmens-Scherrington und die Herren Stms Reeves, Cummings, Holt und Santley. Am Montag, den 15. d. Mts., gelangt der „Messias“ und am Freitag, den 19., „Israel in Egypten“ zur Aufführung. Den interessantesten Theil des Musikfestes dürfte unstreitig das für Mittwoch, den 17., festgesetzte Programm bilden, da dasselbe Musikfreunden die willkommenste Gelegenheit bietet, die unsterblichen Kompositionen des großen Händel in vielfältiger Bezeichnung kennen zu lernen. Das Programm umfaßt Selektionen aus den Oratorien „Saul“, „Solomon“, „Theodora“, „Semse“, „Alexanders Fest“, beginnt mit der Ouvertüre zu dem „Occasional Oratorio“ und schließt mit dem herrlichen Schlußchor aus „Judas Maccabäus“. Das große Händel-Orchester im Crystal-Palast ist zur Aufnahme des 4000 Mitglieder zählenden Gesamt-Orchesters wesentlich vergrößert worden, und nimmt einen Raum ein, dessen Breite im Durchmesser diejenige des Domes in der St. Paul's Kathedrale zu London um das Doppelte übersteigt. Da, mit Ausnahme der Königin, der gesammte königliche Hof sehr erscheinen an allen Tagen des Musikfestes zugesagt hat, wird die dem Orchester gegenüber befindliche große Bühne des Palastes in eine entsprechende Anzahl elegant decorirter Logen verwandelt werden.

Schiffsberichte.

Stettin, 8. Juni. Vormittags. Angelommene Schiffe: Anna Magdalena, Bunde von Flensburg. Drei Schwestern, Rostock; Europa, Tamsörbe von Bremen. Erwingen, Oberas von Christiansund. Caroline Marie, Rüge von Vlandov. Wind: NW. Reiter 15½ f. Strom ausgehend. 3 Schiffe im Aufsegeln.

Börsen-Berichte.

Stettin, 9. Juni. Witterung: leicht bewölkt, schön. Temperatur + 18° N. Wind W. Weizen anfangs wesentlich höher bezahlt, Schluß ruhig, loco per 2125 Pfd. gelber inländischer 88—97 $\frac{1}{2}$ bez., ungar. 62—74 $\frac{1}{2}$ bez., besserer 76—81 $\frac{1}{2}$ bez., feiner 82—85 $\frac{1}{2}$ bez., per 83—85 Pfd. gelber Juni 94, 95, 94 $\frac{1}{2}$ bez., Juni-Juli 87, 88, 87 $\frac{1}{2}$ bez., Juli-August 84, 85, 84 $\frac{1}{2}$ bez., September-Oktober 76 $\frac{1}{2}$ bez., u. Bd. Roggen rapide steigend bezahlt, schließt etwas matter, pr. 2000 Pfd. loco 53—57 $\frac{1}{2}$ bez., besserer 58—60 $\frac{1}{2}$ bez., 82—83 Pfd. 61, 63 $\frac{1}{2}$ bez., Juni 58, 60, 59 $\frac{1}{2}$ bez., Juni-Juli 56, 57, 56 $\frac{1}{2}$ bez., Juli-August 54, 55, 54 $\frac{1}{2}$ bez., $\frac{1}{2}$ Br., September-Oktober 52 $\frac{1}{2}$, 53 $\frac{1}{2}$, 53 $\frac{1}{2}$ bez., u. Br. Gerste fest, per 1750 Pfd. loco mährische, schlechte u. ungar. 44 bis 48 $\frac{1}{2}$ bez. Hafer fest, loco per 1300 Pfd. 34, 36 $\frac{1}{2}$ bez., pr. 47—50 Pfd. Juni 36 $\frac{1}{2}$ bez. Erbsen Futter, pr. 2250 Pfd. 56—59 $\frac{1}{2}$ bez. Rüböl fester, loco 10 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ bez., Juni 10 $\frac{1}{2}$ bez., u. Bd., Juni-Juli 10 $\frac{1}{2}$ Br., Septbr.-Oktober 9 $\frac{1}{2}$, 10 $\frac{1}{2}$ Br., 9 $\frac{1}{2}$ Bd. Spiritus fest und etwas höher, loco ohne Faß 17 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ bez., Juni und Juni-Juli 17 $\frac{1}{2}$ Br., $\frac{1}{2}$ Bd., Juli-August 17 $\frac{1}{2}$, 18 $\frac{1}{2}$ bez., August-Septbr. 18 $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ bez., Sept.-Okt. 17 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ bez. Angemeldet: 50 Wpfl. Roggen. Regulirungs-Preise: Weizen 94 $\frac{1}{2}$, Roggen 59, Rüböl 10, Spiritus 17 $\frac{1}{2}$.

Berlin, 9. Juni, 2 Uhr 20 Min. Nachmittags. Staatsanleihe 84 $\frac{1}{2}$ bez., Staatsanleihe 4 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ bez., Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 135 $\frac{1}{2}$ bez., Stargard-Posen Eisenb.-Aktien 93 $\frac{1}{2}$ bez., Deferr. National-Anleihe 54 $\frac{1}{2}$ bez., Pomm. Pfandbriefe 85 $\frac{1}{2}$ bez., Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 184 bez., Wien 2 Mt. 86 $\frac{1}{2}$ bez., London 3 Mt. 6. 23 $\frac{1}{2}$ bez., Paris 2 Mt. 81 bez., Hamburg 2 Mt. 150 $\frac{1}{2}$ bez., Medlenburger Eisenbahn-Aktien 72 bez., Deferr. Banknoten 87 $\frac{1}{2}$ bez., Russ. Banknoten 83 $\frac{1}{2}$ bez., Amerikaner 6 $\frac{1}{2}$ 78 bez. Weizen Juni 74, 76 bez., Roggen pr. Juni 54 $\frac{1}{2}$, 55 $\frac{1}{2}$ bez., Juni-Juli 53 $\frac{1}{2}$, 55 $\frac{1}{2}$ bez., Juli-August 53, 54 $\frac{1}{2}$ bez., Rüböl loco 10 Br., Juni 10 bez., September-Oktober 10 $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{2}$ bez., Spiritus loco 18 $\frac{1}{2}$ bez., Juni 17 $\frac{1}{2}$ bez., $\frac{1}{2}$ Bd., Juli-August 18, 17 $\frac{1}{2}$, 18 $\frac{1}{2}$ bez., Septbr. 18 $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{2}$ bez.

Breslau, 8. Juni. Spiritus per 8000 Procent Tr. 16 $\frac{1}{2}$. Roggen per Juni 51 $\frac{1}{2}$, per Herbst 50. Rüböl per Juni 9 $\frac{1}{2}$, pr. Herbst 9 $\frac{1}{2}$. Zink unverändert.

Hamburg, 8. Juni. Getreidemarkt. Für Weizen und Roggen loco sehr beschränkte Frage, Preise besser. Weizen auf Termine Anfangs sehr animirt, später matt. Weizen pr. Juni 5400 Pfd. netto 152 Bankothaler Br., 151 Bd., pr. Juni-Juli 143 Br., 142 Bd., pr. Juli-August 138 Br., 137 Bd., Roggen pr. Juni 5000 Pfd. Brutto 93 Br., 92 Bd., pr. Juni-Juli 92 Br., 91 Bd., pr. Juli-August 91 Br., 90 Bd. Hafer stille. Rüböl fest, loco und pr. Juni 20 $\frac{1}{2}$, per Oktober 21 $\frac{1}{2}$. Spiritus geschäftlos, zu 25 $\frac{1}{2}$ angeboten. Raffee ruhig. Zink stille. — Wetter regnerisch.

Amsterdam, 8. Juni. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen stille. Roggen fest, per Juni 191, per Juli 196. Raps per Oktober 60 $\frac{1}{2}$. Rüböl per November-Dezember 33 $\frac{1}{2}$.

London, 8. Juni. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 35,218, Gerste 9934, Hafer 35,020 Quarter.

Englischer Weizen 1 Sch. höher, in fremdem Detailgeschäft zu vollen letzten Preisen. Gerste 6 d. niedriger. Hafer desgleichen, aber fest. Leinöl loco 31 $\frac{1}{2}$. — Schönes Wetter.